

Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtdirektorat Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
gefaßt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Jahrbuchblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfiskusrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsab-
schluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzpfändern auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 97

Dresden, Sonnabend, 26. April

1924

Äußerungen zu dem Gutachten der Sachverständigen.

Zusammungen des Industrie- und Handelsrates und des Reichsverbandes der Industrie.

Berlin, 26. April.
Der Vorstand des Deutschen Industrie- und Handelsrates, der Spitzenvereinigung der Deutschen Handelskammer, hat, wie der Reichsverband der deutschen Industrie, dem Gutachten der Sachverständigen zugestimmt und folgende Entschlüsse angenommen:

„Der Deutsche Industrie- und Handelsrat erklärt, daß in dem Gutachten der Sachverständigen über die Deckung der deutschen Kriegsschulden die ungeheure Verarmung Deutschlands an Land und Gut ebenso unterläßt, wie seine Leistungsfähigkeit erheblich überschätzt wird. Gleichwohl ist er aber, ebenso wie die Reichsregierung, der Auffassung, daß eine grundsätzliche Mitarbeit an den Plänen des Gutachtens der Internationalen Sachverständigenkommission eintreten muß.“

Bei dieser genaueren Bearbeitung müssen, unbeschadet anderer, noch zu ändernder Wünsche, folgende Forderungen durchgesetzt werden:

1. daß eine militärische Besetzung deutscher Gebiete von der Annahme der Bedingungen des Gutachtens an nur noch innerhalb der Grenzen, innerhalb des Raumes und der Zeitdauer, wie sie im Versailler Vertrag festgelegt sind, stattfinden.

2. daß alsbald die volkswirtschaftliche Souveränität des Deutschen Reiches in seinem ganzen Hoheitsgebiet ungeschmälert in Bezug auf die Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung wiederhergestellt wird, insbesondere in Bezug auf Zölle, Steuern, Verkehr, Währung, Reichspflege, Freiheit von Personen, des Eigentums, und daß die Verhafteten und ausgewiesenen deutschen Staatsangehörigen alsbald die Freiheit und die Genehmigung zur Rückkehr in die Heimat erhalten;

3. daß durch die noch zu vereinbarenden Ausführungsbestimmungen zu dem Gutachten die Tätigkeit der vorgeordneten Kontrollinstanzen in einer Weise geregelt wird, die ihre Anwendung lediglich zum Zwecke der Vereinfachung wirtschaftlicher Leistungen aus dem Vertrage ermöglicht, und daß die vorgeschlagene außerordentlich für die Sicherheit der Kriegsschulden keineswegs erforderliche Befreiung der Eisenbahnverwaltung eine grundlegende Wandlung erfährt;

4. daß der Einfluß des Auslandes auf die geplante neue Goldbank, wie er in den Vorarbeiten für die Zusammenfassung und Tätigkeit des Generalrates geplant ist, im Interesse der nationalen Würde unserer Völker, wie im Interesse der nationalen Kreditwürdigkeit der Bank, von Eingriffen in die Verwaltung grundsätzlich ferngehalten und die Tätigkeit des Kommissars auf die Abrechnung der Notenausgabe beschränkt wird.

Diese Stellungnahme erfolgt in der Überzeugung, daß die unvermeidbaren Wege des Wirtschaftens, denen alle Völker unterliegen, und deren Einfluß die Sachverständigenkommission, im Gegensatz zu den früher und angelegten Diktaten, anzuerkennen und zu berücksichtigen bestrebt gewesen ist, letzten Endes in Zukunft das Schicksal der Leistungen bestimmen werden, die das Deutsche Reich, infolge des verlorenen Krieges, ohne Beeinträchtigung seiner notwendigen Kultur- und Freiheitsaufgaben und der Freiheit seiner Bevölkerung aufzubringen in der Lage sein wird.“

Die Entschlüsse des Deutschen Industrie- und Handelsrates, in dem eine große Anzahl von Vertretern sitzen, die politisch deutsch-national organisiert sind, ist, abgesehen von der Anerkennung der Erfüllungspolitik, insbesondere dadurch bemerkenswert, daß offen von einem „verlorenen Krieg“ gesprochen wird.

Berlin, 26. April.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich mit der Annahme der Sachverständigenentscheidungen und ihrer Durchführung einverstanden erklärt. Er hat damit die jahrelange von der Industrie und Landwirtschaft bekämpfte Erfüllungspolitik offiziell zum Beschluß erhoben.

Der Reichsverband der deutschen Industrie setzt sich bekanntlich aus Mitgliedern zusammen, die politisch zum Teil dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei angehören. Während das Zentrum und die Volkspartei sich für die Annahme des Sachverständigenentscheidungen, unter gewissen moralischen Voraussetzungen, ausgesprochen haben, lehnt die Deutschnationale Partei die Annahme nach wie vor ab, obwohl inzwischen mehrere ihrer Mitglieder, die Ministerposten bekleiden, die Haltung der Reichsregierung billigen. Jetzt erleben wir nun das Schauspiel, daß auch Mitglieder der Deutschnationalen Partei, die gleichzeitig Angehörige des Reichsverbandes der deutschen Industrie sind, nach jahrelanger Befolgung der Erfüllungspolitik, zu Erfüllungspolitikern geworden sind. Auch Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung, unter ihnen besonders Herr Böglner, der gerade die Erfüllungspolitik Stresemanns zum Inhalt einer Spaltung der Volkspartei nahm, hat plötzlich die Politik der Erfüllung als Notwendigkeit anerkannt.

Die Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Der Reichsernährungsminister für landwirtschaftliche Schutzzölle — Klagen und Forderungen der Landwirtschaft.

Bremen, 25. April.
Die 13. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats wurde heute vom Präsidenten Braunes-Rothoff im Bürgerstuhlsaal der Börse eröffnet. Der Präsident begrüßte zunächst die erschienenen Gäste, darunter den Reichsernährungsminister Graf Kanitz, den Reichsfinanzminister Dr. Lütke und einen Vertreter des sächsischen Landwirtschaftsministeriums.

Reichsminister Graf Kanitz führte u. a. aus, die innerpolitische Agrarkrisis bildet in Hand mit der Weltmarktkrisis, ein Gefährtenmoment von größter Tragweite für die deutsche Zukunft. Es müsse mit allen Mitteln darauf hingearbeitet werden, daß die Erzeugung der kurzfristigen Personalbedürfnisse durch langfristige Realbedürfnisse zu erträglichen Zinssätzen möglichst bald erreicht werde, auch durch Aufnahme ausländischer Kapitalien.

Der derzeitige Steueranbau, dieser größte Kostenbau, müsse baldmöglichst vom neuen Reichstag durch ein vereinfachtes und der Tragfähigkeit der Wirtschaft angepasstes Steuersystem ersetzt werden. Notwendig seien landwirtschaftliche Schutzzölle.

Das Sachverständigengutachten biete sicherlich die Grundlage für die Arbeiten zur Reparationslösung, sei aber nicht die Lösung selbst. Der Minister auf dem Boden des Gutachtens könne sich kein verständiger Deutscher verschließen, solange er nicht sage, was werden solle, wenn wir die Mitarbeit verweigern. Das Gewicht des Grafen

der Stunde scheine die deutsche Landwirtschaft vor zwei Hauptaufgaben zu stellen: erstens organisatorischen Zusammenfassung und Schließung der Reihen, um die berechtigten Belange wirklich durchsetzen zu können, zweitens als selbstverständliche Krönung der wirtschaftlichen und deshalb nicht minder praktischen Aufgaben: die fruchtbare, stets opferbereite Bejahung der Staatsnotwendigkeiten, die wohl, mehr denn je, in den zwei Worten „nationale Disziplin“ zusammengefaßt werden könne.

Staatssekretär Hamm übertrug die Wünsche der preussischen Regierung, vor allem des Landwirtschaftsministers Wendorf, der durch Krankheit am Erscheinen verhindert sei.

Zunächst hand zur Verhandlung das Thema: Die augen- und innenwirtschaftliche Lage der deutschen Landwirtschaft. Hierzu sprachen Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Gering und der stellvertretende Direktor der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer Oekonomierat Reiser aus Berlin. Die Berichterstatter schlugen

eine Entschlüsselung

vor, in der es heißt: die Erzeugerpreise für Getreide und Fleisch seien hinter dem allgemeinen Preisstande und dem der landwirtschaftlichen Produktionsmittel zurückgeblieben. Die Reinerträge seien dadurch gemindert oder geschwunden. Die zentrale Ursache liege in der Vernichtung des Weltmarktes und der sich daraus ergebenden Schwächung der deutschen Produktions- und Kaufkraft durch das Versailler Friedensdiktat. Die innerpolitischen Ursachen der deutschen Agrarkrisis lagen in der „verschleierten“ noch jetzt nachwirkenden Wirtschaftspolitik der Krieg- und Übergangszeit.“

Abgesehen von den erforderlichen Maßnahmen der Kredit-, Steuer-, Zolltarif- und Tarifpolitik seien erforderlich eine nachhaltige und ungehinderte Entfaltung der industriellen Produktion, Senkung der Kosten für die landwirtschaftlichen Produktionsmittel, vor allem für Kohle, unter planmäßiger Ausschaltung aller unproduktiven Ausgaben, äußerer Anspannung und Verbilligung der Löhnerproduktion, insbesondere beim Stickstoffdünger, Selbsthaltung und Ausbau des Systems der Rohstoffkredite, Förderung der Rohstoffindustrie und Einschränkung der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf das für die Volksernährung erforderliche Maß.

Wer regiert in Thüringen?

Umbau der Landespolizei.

Weimar, 25. April.

Der Nachfolger des in Urlaub geschickten Polizeipräsidenten Müller-Brandenburg ist bereits gefunden. Die Leitung der thüringischen Landespolizei ist dem Polizeimajor Röhle v. Lilienstein übertragen worden, der bisher an der Spitze der Landespolizei in Gießen stand.

Das Innenministerium hat Müller-Brandenburg für den Fall, daß er seinen Abschied einreicht, zugesagt, ihn mit allen Ehren zu verabschieden und außerdem durch die Presse feststellen zu lassen, daß das Ministerium seine großen Verdienste um die Landespolizei anerkennend. Das Ministerium sei nicht in der Lage, ihn zwangsweise zu verabschieden, die Stelle müsse aber anderweitig besetzt werden, da politische Persönlichkeiten und Parteien dies verlangen. Also auch hier der Druck der Völkischen, die sich schon seit Wochen um die Angehörigen der Landespolizei bemühen. Da auch die Reueinstellungen bereits nach dieser Rechtsorientierung erfolgen, wird in Thüringen in kurzer Zeit eine Polizei nach den Wünschen der Völkischen gebildet sein.

Der „Fall Loeb“.

Weimar, 25. April.

Die Hege der Völkischen gegen den Staatsbankpräsidenten Loeb ist nach den letzten Regierungskreisen keinesfalls beendet. Vielmehr dürfte die ganze Angelegenheit nochmals im Landtag, der am 6. Mai zusammentritt, angegriffen werden. Die dem Landtag angehörigenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Staatsbank, Hdg. Baum und Dr. Weznick, sind wahrscheinlich auf völkischen Einfluß, aus dem Verwaltungsrat ausgeschlossen. Auch sonst

Krieg dem Kriege! — Es lebe der Weltfrieden!

Der Anti-Kriegs-Tag des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Zeitpunkt ist nicht ferne, an dem die Menschheit zum zehnten Mal mit Entsetzen auf einen unheilvollen Augusttag zurückzusehen wird, an dem der erste Kanonendonner den grauenvollsten Massenmord des Weltkrieges ankündigte.

Vier Jahre lang hing ein dunkles Unheilsgewölbe über der mit Blut und Tränen gedüngten Erde. Vier Jahre lang sprangen die Völker in sinnlosem Stufen einander an die Kehle wie wilde Tiere. Tausende von jungen Menschen, die Blüte ihres Volkes, von den Schlagworten einer vom Profitwahnsturz erfüllten Kapitalistenclique umnebelt, mußten ihr

Leben für die Lüge opfern,

daß sie für die Demokratie und die endgültige Befreiung der Menschheit von der Kriegsgewalt in den Kampf zögen.

Tann kam der Friede, der kein Friede ist, der mit schneidender Ironie alle Illusionen zunichte machte, die so viele wohlmeinende Optimisten in der ganzen Welt geholt hatten und fast vernichtet glaubten.

Und schon rufen die Staaten auf neue zum Kampf.

Mittlerweile sucht die Wissenschaft in den Laboratorien noch neuen viel schrecklicheren und verheerenderen Tötungs- und Vernichtungsmitteln. Alle Welt weiß, daß ein neuer Krieg aus Schreden und Grausamkeiten alle vorangegangenen Massenflüchtereien überbieten würde. Ein neuer Krieg würde einen Kampf heraufbeschwören, der mit jedem Windhauch Tod und Verderben mit sich führt, einen Kampf mit Giftgasen und Bakterien, der keinen Raum läßt für persönliches Heldentum, und in dem die Menschen wie Angelegener andgerötelt würden.

Die Welt heilt viele Wunden. Gefühle der Bitterkeit, der Rache und des Hasses können im Laufe der Jahre verfließen und verschwinden. Ein Haß jedoch muß in den Herzen der Menschen unsterblich weiterleben: ein Haß, den nur verbrecherische Gleichgültigkeit vergessen kann. Das ist

der heilige Haß gegen den Krieg!

Eine Wacht in der Welt gibt es, die Wache dafür ist, daß dieser Haß nicht verschwindet. Als die Menschheit, angeführt von dem Krieg zerstücktem Welt, von Verweigerung überwältigt wurde, da war es die Arbeiterklasse, die, als erste, die Fahne der Internationalen wieder emporhob. Es war die internationale organisierte Arbeiterklasse, das internationale Proletariat, das den ersten Aufschrei ertönen ließ:

„Nieder mit dem Krieg!“

Dieses international vereinigte Proletariat ist die Wacht, die den Krieg vernichten wird. Wenn diese Friedensarmee will — und sie muß wollen, dann wird ihr Rufnamensartig gleich einer drohenden Warnung allen jenen in die Ohren tönen, die sich, in kalter Berechnung und schamloser Habgier, auf neue Aufstände, die sich für Jahre und Jahrzehnte hinaus in Glend und Trauer zu fügen.

Arbeiter! Kameraden aller Länder! Am dritten Sonntag im September dieses Jahres organisiert der Internationale Gewerkschaftsbund in allen angeschlossenen Ländern einen Anti-Kriegs-Tag. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale, die Genossenschafts-Internationale und die Sozialistische Jugend-Internationale werden diese Veranstaltung unterstützen.

Dieser Tag muß eine Heerzahn werden für die

internationale Friedensarmee!

Reht noch: er muß ein Warnungssignal für alle Mächte werden, die glauben, daß sie den unbedingten Friedenswillen der Völker ungestraft erhöhen dürfen.

Kameraden! Demonstrieret in Waffen von Tausenden an unserem internationalen Anti-Kriegs-Tag!

Krieg dem Kriege!

Es lebe der Weltfrieden!

Internationaler Gewerkschaftsbund:

Hon. Jouhaux, Th. Leipart,
E. Mertens, Vorsitzende.
Jan Dubogeeff, Joh. Sassenbach,
Hon. B. Brown, Sekretäre.